

08.11.2012 - Universität / Wien / Bildung

## Rektoren wollen endlich Lösungen



Wien (APA) - Die Universitätenkonferenz (uniko) verlangt von der Regierung eine Klärung bei den Themen Studiengebühren, Zugangsbeschränkungen und Lehrerausbildung. Dabei haben die Rektoren ihre Ansprüche offenbar schon heruntergeschraubt: Man begrüße, dass nun überhaupt etwas in diesen

Bereichen geschehe, so uniko-Präsident Heinrich Schmidinger bei einer Pressekonferenz. Aber: "Ich hoffe, dass nicht etwas zustandekommt, was mehr schadet als nützt."

In die Koalitionsverhandlungen zu den Hochschulthemen seien die Rektoren nicht eingebunden gewesen, betonte Schmidinger. Das Thema Studiengebühren "wächst mir schon bei den Ohren heraus". Er wolle sich dabei auf überhaupt keine Details zu einer möglichen Regelung einlassen. Aber man wolle Rechtssicherheit - "wie auch immer die Lösung aussieht". Der derzeitige Zustand, "wo wir in der Luft hängen", sei untragbar. Bescheidener Zusatzwunsch Schmidingers: Die neue Gebührenlösung solle die Unis finanziell besserstellen - "es soll nicht weniger überbleiben als wir jetzt haben".

### Wichtiges Thema Zugangsregeln

"Viel wichtiger" ist den Rektoren das Thema Zugangsregeln: Diese dürften sich nur an den Kapazitäten der Universitäten orientieren. "Alles andere wäre eine Rechnung ohne den Wirt", so Schmidinger. Man müsse daher schauen, was die Unis mit ihren Ressourcen anbieten und leisten können. Er warnte davor, "das Pferd von hinten aufzuzäumen: Man kann nicht zuerst sagen, wie viele Studenten hätten wir denn gerne und die Unis müssen damit um die Wege kommen". Damit würde man nur "die Missstände, die in manchen Bereichen herrschen, auch noch gesetzlich festschreiben".

Schmidinger warnte davor, "nur punktuell da und dort eine Regelung zu treffen, weil das Ganze dann ein Flickwerk ist". Beschränke man den Zugang nur in bestimmten Fächern, werde es einen "Verlagerungseffekt" geben: Im einen Fach abgewiesene Studenten würden in nicht beschränkte verwandte Studienrichtungen wechseln und dort für Probleme sorgen. Es gelte daher, das Gesamtsystem im Auge zu behalten. Die Einführung einer Studienplatzfinanzierung in nicht nur einzelnen, sondern in allen Fächern würde erhebliche Zusatzkosten verursachen, ist sich Schmidinger im Klaren - unter der Voraussetzung einer international üblichen Betreuungsrelation laut

uniko-Berechnungen in der Endausbaustufe 1,2 Mrd. Euro pro Jahr.

"Klare Worte und Konzepte"

Endlich Lösungen verlangt die uniko auch beim Thema Lehrerausbildung: "Es gibt keinen Bereich, wo so viele Papiere entworfen wurden wie in der Lehrerbildung neu", so der Vorsitzende des uniko-Forums Lehre, Martin Polaschek (Uni Graz). "Es müssen jetzt aber klare Worte und Konzepte beschlossen werden, damit wir mit der Arbeit beginnen können." Auch hier sind die Ansprüche recht gering. Man wolle gar keine detaillierten Regelungen, so Polaschek. "Wir hätten aber gerne, dass zumindest die Grundlinien vorgegeben werden."

Die Institutionenfrage, ob nun die Unis oder die Pädagogischen Hochschulen (PH) die Federführung bei der Lehrerausbildung übernehmen, könne auch noch in einigen Jahren entschieden werden, meinte Polaschek. Festgelegt werden müsse aber die Studienstruktur, also die weitgehende Umstellung auf das Bachelor/Master-System. Dann könnten auch neue Studienpläne entworfen werden. Man könne etwa nicht weiter Hauptschullehrer ausbilden, wenn alle Hauptschulen auf Neue Mittelschulen (NMS) umgestellt und dort andere Ansprüche an die Lehrer gestellt werden.

(Schluss) mw

ZUK0007 2012-11-08/11:15

081115 Nov 12

© APA - Austria Presse Agentur reg.GenmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d. h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an Tel. ++43-1/36060-5750 oder an [zukunftwissen@apa.at](mailto:zukunftwissen@apa.at).